

Vom „Krieg gegen den Terrorismus“ zur Förderung von „failed states“

Von Arnold Hottinger

(Entwurf, unveröffentlicht)

Herrscht Krieg in Libanon? – Ja und Nein; Kriegshandlungen finden statt; aber es ist kein Krieg im klassischen Sinne des Wortes, den ein Staat gegen einen anderen führt. Vielmehr ist es der Staat Israel, der seine Armee einsetzt, um eine Kampfgruppe in Libanon zu zerschlagen, Hizbullah, und um gleichzeitig den Staat Libanon dafür zu bestrafen, dass er diese Gruppe von seinem Territorium aus agieren liess und weiter agieren lässt. Libanon selbst steht nicht im Krieg mit Israel. Seine Regierung ruft nach einem „Waffenstillstand“..

Herrscht Krieg in Gaza, in den Westjordangebieten? Kriegshandlungen ja, doch auch hier gibt es eine Art palästinensischen Staates, verkörpert durch den gewählten Staatspräsident Mahmud Abbas, der nicht Krieg mit Israel führt, und einige Kampfgruppen, Hamas ist die wichtigste, gegen welche die israelische Armee vorgeht. Weil Hamas nach demokratischen Wahlen auch die Regierung stellt, nimmt Israel die Gelegenheit wahr, auch Regierungssitze und Institutionen schrittweise aber systematisch zu zerstören und das Elend aller Palästinenser in den Besetzten Gebieten, ohnehin schon nahe am unerträglichen, noch ein gutes Stück weiter voranzutreiben.

Herrscht Bürgerkrieg im Irak? – Wiederum gibt es grausame Kriegshandlungen. Es gibt auch eine Rhetorik des „Widerstandes“ gegen die „Besetzungsmacht“ der USA. Gleichzeitig gibt es eine legal gewählte, demokratisch legitimierte irakische Regierung, die jedoch nur im Schutze der Besetzungsmacht, abgeschirmt in der Grünen Zone von Bagdad, zusammentreten, überleben und sehr pro forma regieren kann.

Herrscht Krieg in Afghanistan? Auch dort gibt es Kriegshandlungen, zur Zeit eher mehr als vor einem Jahr; eine legale und gewählte Regierung, Schutzmächte, die diese stützen, ihr aber nicht soviel Macht zu entfalten erlauben, dass sie das ganze Land zu beherrschen vermag. Bewaffnete Banden verschiedener Art und Natur gehen darauf aus grösserer oder kleinere Teile des Staatsgebietes unter ihre eigene Herrschaft zu bringen.

Herrscht Krieg in Somalia? Ja, schon seit 15 Jahren, ein Stammes- und Bürgerkrieg ohne Staat. Eine Regierung ist erst 2004 in die politische Gleichung wiedereingeführt worden, doch sie sieht sich gezwungen, als eine der zahlreichen Kampfparteien in den Stammes- und Bürgerkrieg einzugreifen, wobei sie nur eine der schwächeren Kräfte darstellt.

Führt Amerika Krieg gegen den Terrorismus? – Terror- und Kriegsaktionen haben stattgefunden und finden weiter statt, wobei auf der einen Seite die mächtigsten Streitkräfte der Welt eingesetzt werden, auf der anderen schwer zu fassende unterirdisch handelnde aber weltweit vernetzte Kleingruppen agieren, deren die schweren amerikanischen Waffen bisher nicht Herr geworden sind. Es ist kein Krieg zwischen Staaten.

Ungleiche Kriege zerstören mehr als konventionelle

All diese Kriege (und noch einige mehr wie jener von Darfur und der von Chechenien zum Beispiel) haben gemeinsam, dass es sich nicht um Kriege zwischen Staaten handelt, in denen sich zwei staatliche Armeen bekämpfen, sondern um „ungleiche Kriege“, in denen ein Staat mit seiner Armee gegen Kampfgruppen vorgeht. Diese können sich in Teilen seines eigenen Landes befinden, in benachbarten oder sogar in entfernteren Ländern, gegen welche der betreffende Staat sich vorzugehen gezwungen sieht oder vorgibt.

Diese ungleichen Kriege haben auch gemeinsam, dass sie drohen, den Staat oder das Territorium, in denen sie sich abspielen, zu zerstören. Je länger sie dauern, desto tiefer greift die Zerstörung nicht nur der materiellen Umwelt sondern auch der politischen und sozialen Strukturen der Kriegszone. Hier dürfte ein wesentlicher Unterschied zu den klassischen

Kriegen bestehen, wie sie die Armee eines Staates gegen die Streitkräfte eines anderen zu führen pflegte. In diesen gab es die Möglichkeit für den unterlegenen Staat zu kapitulieren und Frieden zu schliessen. Dabei musste er mit territorialen Verlusten und wirtschaftlichen Nachteilen gegenüber dem Sieger rechnen. Seine Regierung, verantwortlich für den verlorenen Krieg, lief Gefahr zu fallen. Doch seine wesentlichen Strukturen blieben trotz materiellen Zerstörungen meistens erhalten. Der unterlegene Staat bestand als Staat und als Gesellschaft fort. Dies wird anders, wenn die bekämpfte nicht staatliche Macht „Widerstands-“, oder „Terroristengruppen“ sind.

Das Vernichtungspotential moderner Armeen

Das reguläre Heer, das gegen sie antritt, sucht nicht ihre Niederlage sondern ihre Vernichtung. Die nicht staatliche Kampfgruppe sieht sich vor die Wahl gestellt, entweder aufgegeben und zum völligen Verschwinden gebracht zu werden, oder zu immer radikaleren, rücksichtsloseren und unmoralischeren Mitteln zu greifen, um ihren Widerstand fortzusetzen. Sie schreitet von der Guerrilla fort zum Bombenkrieg, zuerst gegen militärische und politische Ziele, später auch gegen zivile und gelangt schliesslich zum Instrument der Selbstmordbombe. Der eigene Staat und seine Ordnungskräfte gelten ihr so gut als Gegner wie der aussenstehende, der eine fremde Armee gegen sie einsetzt. Nur in Sonderfällen und nur provisorisch kann manchmal der Staat als taktischer Verbündeter der Guerilla gebraucht werden, wie gegenwärtig in Libanon. Gegen den eigenen Staat und dessen Armee oder die in ihn einbrechende fremde Streitmacht gilt es für die Kampfgruppen, sich selbst zu behaupten und durchzusetzen mit welchen Mitteln auch immer. Dabei wandeln sie sich von Guerrilleros immer weiter zu Terrorgruppen.

Die regulären Heere sind aufgebaut, bewaffnet und geschult, um einem anderen regulären Heer die Stirne zu bieten. Werden sie gegen Guerrilleros eingesetzt, sind sie meist unvorbereitet und ihrer ganzen Struktur nach wenig geeignet, um diesen Kampf zu bestehen. Diese Erfahrung ist schon so alt wie die Guerrilla selbst; Cyrus der Grosse machte sie gegen die Skythen im 6. Jahrhundert vor Christus; Napoleon in Spanien und in Russland; die Deutschen in Jugoslawien; die Amerikaner in Vietnam, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Dennoch scheint die Erfahrung der Guerrillakriege die regulären Heere und die Staatsmänner, die ihren Einsatz befehlen, immer neu zu überraschen. Regelmässig suchen die Berufsoffiziere, mit Guerrillas konfrontiert, ihre eigene Verwundbarkeit dadurch zu erklären, dass ein fremder Staat heimlich hinter dem „unerwarteten“ Widerstand stehen müsse, ohne ihn wäre er in ihren Augen garnicht möglich. Solche Hilfen von jenseits der Grenzen erhalten in der Tat viele Guerrillagruppen. Doch sie sind selten das wichtigste.

Militärischer Scheinsieg, politischer Fehlschlag

Die regulären Streitkräfte und ihre Oberbefehlshaber sollten vielmehr den Grundmechanismus erkennen, auf den ihre schwache Stellung zurückgeht. Er ist im wesentlichen politischer Natur. Wenn es sich um eine fremde Armee handelt, die in ein Land einbricht, um dessen Regime zu beenden, wie in Falle Irak, oder um Kampfgruppen zu liquidieren, die sich dort eingenistet haben, wie im Falle der Besetzten Gebiete und Libanons, sieht sich diese fremde Armee veranlasst, oftmals gezwungen, ihre schweren Waffen gegen die kaum zu fassenden Guerrillas einzusetzen. Diese hausen inmitten der Bevölkerung, und die Bomben, Raketen, Kampfhelikopter, Tank- und Artilleriesalven, Maschinengewehre verursachen mehr Opfer unter den Zivilen als unter den Kämpfern. Zuerst die Armee, dann der Staat, sodann die gesamten Gesellschaftsstrukturen des Staates, in dem die Kämpfe toben, werden schrittweise zerstört, nur zu oft bevor es zur vollen Zerstörung der Guerrilla gekommen ist.

In diesen Lagen kann es den Guerrillas, ursprünglich Minderheiten, die oft mehr oder minder fanatisch einer Minderheitsideologie anhängen, gelingen, in den Augen der überlebenden Bevölkerung als patriotische Kräfte zu erscheinen, welche die Anliegen der Nation wahrnehmen, ihre Ehre verteidigen, sich gegen die fremde Besatzungsmacht erheben, für die Leiden der Bevölkerung Rache nehmen. Die einstige Minderheit kann so die Sympathie weiter Kreise, weit über die engen Grenzen der eigenen Ideologie hinaus, für sich gewinnen. Die fremde reguläre Armee läuft Gefahr sich durch jeden Schlag, der auf die Guerrilla zielt und in Tat und Wahrheit immer auch die Bevölkerung trifft, mehr Feinde zu schaffen und der Guerrilla neue Rekruten zu werben.

Das gleiche, in abgemildeter Form, gilt, wenn eine nationale Armee die Guerrilla im eigenen Staat bekämpft. Die Guerrilla und der Teil der Bevölkerung, den sie dominiert, können ebenfalls ihren Wirkungsbereich ausdehnen und ihre Verankerung in der Bevölkerung vertiefen, wenn die reguläre Armee beim Kampf gegen sie brutal genug vorgeht, um die lokalen Bevölkerungsgruppen gegen sich aufzubringen. Doch eine landesfremde Armee bietet der Guerrilla die besseren Chancen. Sie wird in wachsenden Kreisen als sich brutal aufdrängender Aussenseiter erkannt und bezichtigt, auf Eroberung des angegriffenen Staates und Verknechtung seiner Bewohner auszugehen. Die Guerrilla, so brutal sie handeln mag, erscheint dann als „patriotische Kraft“, welche die Ehre und Identität des eigenen Volkes verteidigt.

Produktionsmechanismus für „failed states“

Mit all diesem soll natürlich nicht gesagt sein, es sei unmöglich, eine jede Guerrilla zu bekämpfen. Was zu bedenken wäre, bevor eine reguläre Armee gegen Guerrilla Kämpfer losschlägt, ist vielmehr: Wie und durch Wen die Kämpfe geführt werden sollen. Was die reguläre Armee unbedingt vermeiden müsste, ist dass das Land, in dem sie gegen die Guerrilla und angeblichen Terroristen vorgeht und wütet, soweit zerstört wird, physisch, moralisch, in seinen sozialen Strukturen, dass nur noch das übrig bleibt, was man im heutigen Sprachgebrauch als „a failed state“ anspricht, ein unheilbar in Zusammenbruch und Auflösung getriebener Staat. Je mächtiger eine Armee ist, die gegen nicht staatliche Kampf- und Terrorgruppen eingesetzt wird, desto grösser wird die Gefahr, dass sie nicht die Kampfgruppen sondern den Staat zerstört, in dem sie mehr oder weniger blind um sich schlägt. Die Kampfgruppen hingegen werden, wie leicht einzusehen ist, in einem zusammengebrochenen Staat prosperieren. Sie können als Kandidaten für seine Nachfolge auftreten, und sie werden immer wachsenden Zulauf erhalten, je weniger von den bisherigen Machtstrukturen erhalten bleibt und je mehr die Wut der lokalen Bevölkerung über die Brutalitäten der fremden oder der eigenen staatlichen Streitkräfte anwächst. Mao lässt grüssen.

Wer will „failed states“?

Gegenwärtig scheint die stärkste Armee des Nahen Ostens, die israelische, in enger Koordination mit der stärksten Armee der Welt, der amerikanischen, im Begriff zu sein, einen „failed state“, nach dem aderen zu produzieren heute: Irak, Gaza, die Westjordangebiete, Libanon; morgen schon Syrien und Iran? Man hat zu befürchten, dass schlussendlich eine kritische Masse von „failed states“ erreicht werden könnte, die dann automatisch die noch überlebenden auch in das Schwarze Loch des völligen Zusammenbruchs hineinziehen könnte.

Dabei scheinen die Amerikaner und die Israeli verschiedene Zwecke zu verfolgen. Israel strebt unter Olmert in Fortsetzung der Politik Sharons eine einseitige Lösung des Ringens um die Besetzten Gebiete an. Sie würde so aussehen, dass Israel einen Grossteil des Westjordanlandes annektierte und nur die grossen palästinensischen Bevölkerungskonzentrationen nach dem Vorbild des Gazastreifens einer von Israel ferngesteuerten und kontrollierten lokalen palästinensischen Behörde oder auch mehreren

gegeneinander ausspielbaren Behörden überliesse. Mit einem Wort: die den Palästinensern längst bekannte Bantustan Lösung. Die sie natürlich mit allen Mitteln, ohne Frage auch terroristischen, bis zum letzten bekämpfen werden. Die Bantustan Lösung wird daher keine Lösung werden.

Die Amerikaner ihrerseits wollten im Irak eine reine Utopie herbeikämpfen, nämlich einen demokratischen irakischen Staat, kapitalistisch und Freund Israels und des Westens. Obwohl sogar ihnen immer deutlicher wird, dass derartige Ziele nicht mehr als bloße Wunschträume sind, haben sie bisher kein anderes, realistischeres Kriegsziel zu formulieren vermocht. Und im Falle von Angriffen gegen Syrien oder Iran wäre ebensowenig klar, was die Angreifer eigentlich zu bewirken suchten ausser einigen negativen Zielen wie keine Atomwaffen, keine Hilfe für „Terroristen“, oder „Regimewechsel“, was bedeutet, nicht die gegenwärtig regierenden Machthaber.. Die Gefahr, dass militärische Schläge brutalster Art, deren Zweck entweder unerreichbar oder überhaupt nicht vorhanden ist, zur reinen Zerstörung des angegriffenen Staates führen und damit zum Aufblühen von aller Art rücksichtsloser wenn nicht sogar krimineller bewaffneter Banden, liegt auf der Hand. Es wird abgerissen ohne durchführbare Aufbaupläne. Noch mehr „failed states“ scheinen vorprogrammiert.

Der beste Humus für Terrorgruppen

Es ist aber bereits längst erwiesen, dass „failed states“, die stets einen Freiraum für ausser aller Legalität und Kontrolle stehende Banden Gewalttätiger bilden, den besten Humus abgeben, auf dem Terroristen Gruppen gegründet werden, wachsen und sich einpflanzen können und von denen aus sie international wirksam zu werden vermögen. Es gibt kein besseres Beispiel dafür als den „failed state“ Afghanistan und Ben Laden mit seinen Kampfgruppen. Vielleicht wird in Zukunft der Irak die schlimmen Erfahrungen, die die Welt mit Afghanistan machte noch übertreffen, und jeder weitere zusammengebrochene Staat wird selbstverständlich die Wirkungsbasen und Wirkungschancen von künftigen Terroristen multiplizieren. Die Produktion solcher Zusammenbrüche wird in Amerika diskutiert: Syrien, Iran; und sie ist in den Fällen von Gaza, Westjordanland, und Libanon bereits von Israel bereits in die Hand genommen worden.

Für die zerstörten Länder selbst bedeutet das Vorgehen der Streitkräfte Israels und Amerikas so unerträgliches Leid, dass man die späteren zu erwartenden Folgen für die westliche Welt, so katastrophal sie sich für die betroffenen Länder und Hauptstädte auswirken mögen, nur als sekundäre und gewissermassen nebensächliche aber unvermeidliche und in einem gewissen Sinne gerechte, weil selbstgeschaffene, Konsequenzen der blinden, ruchlosen und kriminellen Verantwortungslosigkeit der grossen Machthaber und ihrer militärischen Gewaltinstrumente, auffassen kann.